

Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren

PKW-Maut

3 Ausschüsse

17. Wahlperiode

Version: 7. Juli 2013

Hinweise für die Vorbereitung:

- A. Bei den Basisinformationen wird den Fraktionspositionen (A1 – A5) jeweils Szenario (A6) und Gesetzentwurf (A7) beigelegt. Der gesamte Block wird dann entsprechend der jeweiligen Fraktionsgrößen kopiert und geheftet. Auf jeden Block wird oben jeweils ein Rollenprofil geheftet. Diese Unterlagen werden zu Beginn (nach der Einführung) ausgeteilt.
- B. Die Materialien für Funktionsträger werden insgesamt genau einmal ausgedruckt oder kopiert. Sie werden den jeweils den in den Fraktionen zu bestimmenden Personen im Planspielverlauf zur Verfügung gestellt. Dabei empfiehlt es sich, die Aufgabenbeschreibungen gleich nach der Wahl/Benennung, die übrigen Materialien aber erst bei konkretem Bedarf auszuhändigen.
- C. Die Materialien für alle Teilnehmenden sind in der entsprechenden Anzahl vorzuhalten. Das Arbeitsblatt wird in der ersten Fraktionssitzung gebraucht, der Ablaufplan kann zu Beginn verteilt, alternativ aber auch an einer zentralen Stelle ausgehängt werden.

PKW-Maut - 3 Ausschüsse

A. Basisinformationen

CVP Positionen	A	1
APD Positionen	A	2
LRP Positionen	A	3
PSG Positionen	A	4
ÖSP Positionen	A	5
Szenario	A	6
Gesetzentwurf	A	8

B. Materialien für Funktionsträger

Fraktionsvorsitz CVP:	Aufgabenbeschreibung	B	1.1
	Redezettel (für 2. Lesung)	B	1.2
	Änderungsantrag	B	1.3
Fraktionsvorsitz APD:	Aufgabenbeschreibung	B	2.1
	Redezettel (für 2. Lesung)	B	2.2
	Änderungsantrag	B	3.3
Fraktionsvorsitz LRP	Aufgabenbeschreibung	B	3.1
	Redezettel (für 2. Lesung)	B	3.2
	Änderungsantrag	B	3.3
Fraktionsvorsitz PSG	Aufgabenbeschreibung	B	4.1
	Redezettel (für 2. Lesung)	B	4.2
	Änderungsantrag	B	5.3
Fraktionsvorsitz ÖSP:	Aufgabenbeschreibung	B	5.1
	Redezettel (für 2. Lesung)	B	5.2
	Änderungsantrag	B	5.3
Alterspräsident (aus der LRP):	Aufgabenbeschreibung	B	6.1
	Redemanuskript	B	6.2
Präsident (aus der CVP):	Aufgabenbeschreibung	B	7.1
	Redemanuskript 1. Lesung	B	7.2
	Redemanuskript 2. Lesung	B	7.3
Vorsitz federführender Ausschuss (aus der APD)	Aufgabenbeschreibung	B	8.1
	Hilfsblatt	B	8.2
	Beschlussempfehlung	B	8.3
Vorsitz mitberatender Ausschuss I (aus der CVP)	Aufgabenbeschreibung	B	9.1
	Hilfsblatt	B	9.2
	Berichtsformular	B	9.3
Vorsitz mitberatender Ausschuss II (aus der LRP)	Aufgabenbeschreibung	B	10.1
	Hilfsblatt	B	10.2
	Berichtsformular	B	10.3

C. Materialien für alle Teilnehmenden

Ablaufplan	C	1
Arbeitsblatt für die 1. Fraktionssitzung	C	2

Grundlegende Ansichten der CVP:

Die CVP möchte, dass der Staat *keine neuen Schulden* macht, möchte aber auch *keine Steuern erhöhen*.

Sie fordert, dass sich *alle Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Güter nutzen, gleichermaßen an deren Kosten beteiligen*.

Weiterhin sieht sich die CVP als eine Partei, die dafür sorgt, dass sich die *Wirtschaft gut entwickeln* kann, um *Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern*.

Die Positionen der CVP bei der PKW-Maut:

Bedarf: Das deutsche Fernstraßennetz wurde über Jahre vernachlässigt, es besteht ein erheblicher *Nachholbedarf bei Sanierung und Neubau* von Strecken, vor allem in den westlichen Bundesländern. Dafür sind zusätzliche Milliardenbeträge nötig. Ein gut funktionierendes Fernstraßennetz ist zentral, um die *Mobilität der Bürgerinnen und Bürger* ebenso wie die *Transportwege der Unternehmen* zu sichern.

Finanzierung: Autobahnen und Fernstraßen erfordern besonders hohe Investitionen. *Diese kann der Staat alleine nicht tragen, ohne neue Schulden zu machen*. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen sich beteiligen.

Maut oder Steuern? Eine *PKW-Maut* ist das richtige Mittel zur Finanzierung. Sie ist *gerecht, weil sie nur die Nutzer der Fernstraßen an deren Kosten beteiligt und diese alle erfasst*. Eine Erhöhung der KFZ- oder Energiesteuer wäre dagegen das falsche Mittel. Die KFZ-Steuer belastet nur deutsche Autofahrer/innen. Eine Erhöhung der Energiesteuer könnte zu Tanktourismus in den Grenzgebieten führen. Die Maut *sichert zudem eine sinnvolle Nutzung* der Mittel. Denn anders als Steuern haben Abgaben wie die Maut eine Zweckbindung: Sie dürfen nur in dem Zusammenhang verwendet werden, in dem sie eingenommen wurden.

Methode: Die Mauterhebung per *Vignette ist einfach, unbürokratisch, leicht zu organisieren und zu kontrollieren*. Damit werden ein Verwaltungsaufwand wie durch Toll Collect und unnötige Verzögerungen durch Zahlstellen an der Autobahn vermieden.

Die Strategie der CVP bei diesem Gesetzentwurf:

Der Gesetzentwurf wurde von der Bundesregierung eingebracht. *Als Regierungspartei* sollte die CVP daher *prinzipiell hinter dem Gesetzentwurf stehen*.

Wichtig ist, dass sie sich *mit Ihrem Koalitionspartner, der LRP, absprechen*. Streit unter Partnern, die gemeinsam vier Jahre regieren möchten, wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gern gesehen. Loten Sie rechtzeitig aus, wo Sie unterschiedliche Meinungen haben und versuchen Sie, einen *Kompromiss zu finden* oder das Thema im Gesetzentwurf zu vermeiden.

Gemeinsam mit der LRP haben Sie eine Mehrheit in den Ausschüssen und im Plenum sicher. Von ihren grundlegenden Positionen brauchen Sie daher nicht abzuweichen. Doch sollten Sie *für gute Argumente anderer Faktionen offen sein*, wenn diese den Gesetzentwurf auch in Ihren Augen und in den Augen der Bürgerinnen und Bürger verbessern könnten.

Grundlegende Ansichten der APD:

Die APD möchte, dass *alle Menschen gleichen Chancen haben, an allen Bereichen des Lebens teilzuhaben*. Eine *besondere* Verpflichtung sieht sie dabei traditionell gegenüber den *Arbeitnehmer/innen und Arbeitnehmern*. Damit deren Arbeit und Wohlstand gesichert ist, muss auch die *wirtschaftliche Entwicklung* gesichert werden. Der *Staat muss* nach Meinung der APD *fördern, wo soziale Gleichberechtigung und ökologisches Gleichgewicht gefährdet sind*.

Dafür will sie auch *Steuern* einsetzen - als Mittel, alle Bürgerinnen und Bürger nach ihren Möglichkeiten an den Kosten für öffentliche Güter zu beteiligen.

Die Positionen der APD bei der PKW-Maut:

Bedarf: Das deutsche Fernstraßennetz *muss saniert und zum Teil ausgebaut werden*. Dafür sind Milliardenbeträge nötig. Darüber hinaus muss *jedoch auch der öffentliche Personenverkehr* ausgebaut werden, weil nicht alle Menschen sich einen PKW leisten können und weil übermäßiger Autoverkehr der Umwelt schadet.

Finanzierung: *Die Kosten kann der Staat aus bestehenden Mitteln nicht tragen*. Aber gerade Arbeitnehmer/innen mit geringem Einkommen, die für ihren Arbeitsweg auf Fernstraßen angewiesen sind, können die Kosten auch nicht tragen.

Maut oder Steuern? *Die PKW-Maut ist verkehrspolitisch, sozial und ökologisch sinnlos*. Sie verleitet die Menschen dazu, entweder die Vignette intensiv zu nutzen, wenn sie schon einmal bezahlt ist und so das Verkehrsaufkommen zu vermehren. Oder *die Autobahnen zu meiden* und so die Bundes- und Landstraßen mehr zu belasten. Die Folge sind in beiden Fällen mehr Staus, mehr Spritverbrauch, mehr Lärm und größere Umweltbelastungen. Die Energiesteuer (bis 2005: „Mineralölsteuer“) dagegen belastet nur in dem Maß, in dem Menschen tatsächlich fahren und die Umwelt belasten. Wer ein spritsparendes Fahrzeug kauft und wer unnötige Fahrten vermeidet, wird begünstigt. *Eine Erhöhung der Energiesteuer würde daher eine verkehrspolitische und ökologische Lenkungswirkung entfalten*. Und dies ganz ohne neues System.

Methode: Wenn unbedingt eine Maut erhoben werden muss, dann sollte sie für tatsächlich gefahrene Kilometer erhoben werden. Dafür könnte das vor Jahren für viel Geld für LKW etablierte „*Toll-Collect-System*“ auch für PKW genutzt werden.

Die Strategie der APD bei diesem Gesetzentwurf:

Grundsätzlich halten Sie von der PKW-Maut nichts. Doch ist Ihnen klar, dass der Staat für den Erhalt und Ausbau der Straßen auf zusätzliche finanzielle Mittel angewiesen ist. Daher sollten Sie eine mögliche Zustimmung zu dem Gesetzentwurf davon abhängige machen, ob Ihnen die Koalition in wesentlichen Forderungen nach sozialer und ökologischer Verbesserung entgegen kommt. Sprechen Sie sich dafür auch mit den anderen Oppositionsparteien ab.

Grundlegende Ansichten der LRP:

Die LRP steht für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger – vor übermäßiger staatlicher finanzieller Belastung, Regulierung und Einmischung ins Privatleben.

Die LRP will 1. *keine Steuererhöhung und keine weitere Staatsverschuldung*. Daher müssen die Bürger/innen mit finanzieren, was nicht zur Grundversorgung gehört.

Die LRP will 2. *Bürokratie vermeiden*, damit die Bürger/innen ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten können und die Wirtschaft ungestört wachsen kann.

Die LRP will 3. den *Schutz privater Daten und Informationen*.

Die Positionen der LRP bei der PKW-Maut:

Bedarf: *Mobilität ist ein Aspekt der Freiheit. Sie ist Voraussetzung für Lebensqualität und Wirtschaftswachstum.* Die Bürger/innen und Unternehmen haben wenig Verständnis für immer mehr Tempo-80-Schilder wegen Straßenschäden. Das deutsche Fernstraßennetz muss dringend saniert und ausgebaut werden.

Finanzierung: *Autobahnen und Fernstraßen* erfordern besondere Investitionen und sind anders als Orts- und Landstraßen *nicht Teil der Grundversorgung*. Die *Nutzerinnen und Nutzer* müssen sich deshalb *an der Finanzierung beteiligen*.

Maut oder Steuern? Eine Maut ist das richtige Instrument, weil sie an den Zweck des Straßenbaus gebunden ist. Steuern dagegen gehen in den allgemeinen Haushalt ein und dürfen auch für andere Zwecke genutzt werden. Eine Erhöhung der KFZ- oder Energiesteuer wäre daher das falsche Mittel. Die KFZ-Steuer bremst den Verkauf von Autos in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und sollte ganz abgeschafft werden. Eine Erhöhung der Energiesteuer könnte zu Tanktourismus in den Grenzgebieten führen und so die heimische Wirtschaft schädigen.

Methode: Die vorgeschlagene *Vignette ist ein einfach einzusetzendes Instrument*, das im Sinne eines schlanken Staates leicht zu überwachen ist. Der Vertrieb über Tankstellen sorgt für eine kundenorientierte und unbürokratische Verteilung. Das *Toll Collect System* ist dagegen *für den Privatverkehr indiskutabel, weil es auf der Sammlung privater Bewegungsdaten beruht*, die den Staat nichts angehen.

Die Strategie der LRP bei diesem Gesetzentwurf:

Der Gesetzentwurf wurde von der Bundesregierung eingebracht. *Als Regierungspartei sollte die LRP daher prinzipiell hinter dem Gesetzentwurf stehen.*

Wichtig ist, dass sie sich *mit Ihrem Koalitionspartner, der CVP, absprechen*. Streit unter Partnern, die gemeinsam vier Jahre regieren möchten, wird von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gern gesehen. *Loten Sie rechtzeitig aus, wo Sie unterschiedliche Meinungen haben und versuchen Sie, einen Kompromiss zu finden* oder das Thema im Gesetzentwurf zu vermeiden.

Gemeinsam mit der CVP haben Sie eine Mehrheit in den Ausschüssen und im Plenum sicher. Von ihren grundlegenden Positionen brauchen Sie daher nicht abzuweichen. Doch sollten Sie *für gute Argumente anderer Faktionen offen sein*, wenn diese den Gesetzentwurf Ihrer Meinung nach verbessern könnten.

Grundlegende Ansichten der PSG:

Die PSG möchte, dass *alle Menschen gleichberechtigt an allen Bereichen des Lebens teilhaben*. Damit dies tatsächlich geschieht, muss der Staat eingreifen und Mittel *von den Stärkeren zu den Schwächeren umverteilen*.

Wenn sich mehr Menschen Waren und Dienstleistungen leisten können, *kurbelt dies nach Ansicht der PSG die Nachfrage und damit die Wirtschaft an*.

Öffentliche Infrastruktur und Güter bereitzustellen ist Aufgabe des Staates.

Dafür muss der Staat Steuern einnehmen. Damit diese ausreichen, möchte die PSG die Steuern für die gut verdienenden Bürger/innen erhöhen.

Die Positionen der APD bei der PKW-Maut:

Bedarf: Immer mehr Geld auszugeben ersetzt keine sinnvolle Politik. Wenn die vorhandenen Mittel nicht reichen, müssen auch im Straßenbau vorhandene Einsparpotenziale genutzt werden. Überflüssige Projekte im Bundesverkehrswegeplan müssen auf den Prüfstand gestellt werden Stattdessen muss *der viel umweltfreundlichere öffentliche Personenverkehr* ausgebaut werden, auch weil nicht alle Menschen sich einen PKW leisten können.

Finanzierung: *Infrastruktur wie Straßen und Autobahnen bereit zu stellen ist eine Kernaufgabe des Staates*. Die Finanzierung darf er nicht den Bürger/innen auflasten, nur damit er an anderer Stelle Geld übrig hat, um Banken zu unterstützen und Steuerprivilegien zu sichern. Eine Straßennutzungsgebühr ist zudem der *Einstieg in eine Privatisierung der Autobahnen und Fernstraßen*. Wenn aber private Firmen Straßen betreiben, gibt der Staat jede Möglichkeit auf, verkehrspolitisch Einfluss zu nehmen. Die Bürger würden abhängig von profitungrigen Investoren, und der Staat müsste deren Preissetzungen tatenlos zusehen.

Maut oder Steuern? *Die Maut ist ungerecht*. Wer einmalig eine Reise unternehmen will um z.B. Verwandte oder Kultur- und Sportveranstaltungen zu besuchen, wird finanziell geschröpft. Geschäftsleute hingegen zahlen die PKW-Maut aus der Portokasse. *Eine Erhöhung der Energie- oder KFZ-Steuer* sieht die PSG als *ebenso unmöglich* an, weil sie für höhere Kosten auf allen Arten von Straßen führen würde, was sich die Ärmern unmöglich leisten könnten.

Die Strategie der PSG bei diesem Gesetzentwurf:

Sie lehnen sowohl die PKW-Maut als auch eine alternative Erhöhung von Energie- oder KFZ-Steuer ab. Die Finanzierung aller Arten von Straßen ebenso wie der Bahn ist Ihrer Meinung nach die alleinige Aufgabe des Staates. *Um ihre Zustimmung zu erhalten müsste Ihnen die Koalition sehr weit entgegenkommen*, z.B. in Fragen der sozialen Ausgestaltung der Mautkosten und in der Nutzung der Gebühren für den öffentlichen Personenverkehr.

Grundlegende Ansichten der ÖSP:

Die ÖSP steht für *ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit*.

Der *Staat muss* nach Meinung der ÖSP *fördern, wo soziale Gleichberechtigung und ökologisches Gleichgewicht gefährdet sind und wo wirtschaftliches Wachstum eine Anschubfinanzierung benötigt*.

Dafür will die ÖSP *Steuern erhöhen* - als Mittel, alle Bürgerinnen und Bürger nach ihren Möglichkeiten an den Kosten für Chancengleichheit, Umweltschutz und wirtschaftliche Innovation zu beteiligen.

Die Positionen der ÖSP bei der PKW-Maut:

Bedarf: *Deutschland braucht nicht mehr Geld für den Straßenbau*. Die Bahn ist als Verkehrsträger für den Personenverkehr viel sinnvoller, weil umweltschonender und sicherer.

Finanzierung: Weil der Staat den Ausbau innovativer und nachhaltiger Verkehrswege aus den vorhandenen Mitteln nicht bezahlen kann, muss er sich *neue Finanzierungsquellen erschließen*.

Maut oder Steuern? *Die PKW-Maut ist verkehrspolitisch, sozial und ökologisch sinnlos*. Sie verleitet die Menschen dazu, entweder die Vignette intensiv zu nutzen, wenn sie schon einmal bezahlt ist und so das Verkehrsaufkommen zu vermehren. Oder *die Autobahnen zu meiden* und so die Bundes- und Landstraßen mehr zu belasten. Die Folge sind in beiden Fällen mehr Staus, mehr Spritverbrauch, mehr Lärm und größere Umweltbelastungen. Die Energiesteuer (bis 2005: „Mineralölsteuer“) dagegen kostet nur in dem Maß, in dem Menschen tatsächlich fahren und die Umwelt belasten. Wer ein spritsparendes Fahrzeug kauft und wer unnötige Fahrten vermeidet, wird begünstigt. *Eine Erhöhung der Energiesteuer würde daher eine verkehrspolitische und ökologische Lenkungswirkung entfalten*. Gleiches gilt für eine Erhöhung der KFZ-Steuer für Autos mit hoher Umweltbelastung.

Methode: Die ÖSP ist erleichtert, dass die Bundesregierung nicht das für LKW eingeführte „Toll-Collect-System“ übernehmen will. Dieses System *würde große Datenschutzprobleme* aufwerfen, weil es auf der Sammlung privater Bewegungsdaten beruht, die den Staat nichts angehen. Zudem müssten 30% der eingenommenen Maut für die eingesetzte Technik ausgegeben werden, da jeder PKW mit einer teuren Erfassungseinheit ausgestattet werden müsste.

Die Strategie der ÖSP bei diesem Gesetzentwurf:

Grundsätzlich halten Sie von der PKW-Maut nichts. Ein System, das keinerlei ökologische und verkehrspolitische Lenkung beinhaltet, sollten Sie keinesfalls unterstützen. *Um ihre Zustimmung zu erhalten müsste Ihnen die Koalition sehr weit entgegenkommen*. Zum Beispiel wenn sich durch das Gesetz eine wesentliche Verbesserung des öffentlichen Personenverkehrs erreichen ließe. Sprechen Sie sich dafür auch mit den anderen Oppositionsparteien ab.

Szenario

Nachdem bereits seit 2005 eine Straßennutzungsgebühr für den Schwerlastverkehr erhoben wird, plant die Bundesregierung nun auch eine Gebühr für Personenkraftwagen und kleinere Nutzfahrzeuge.

Hintergrund ist der von ADAC und Gütertransportunternehmen beklagte zunehmend schlechte Zustand deutscher Fernverkehrsstraßen, die seit der Erweiterung der Europäischen Union und der Grenzöffnungen nach Osten immer stärker befahren werden. Durch den zügigen Ausbau weiterer Autobahnen sowie die regelmäßige Reparatur bestehender Straßen sollen Staus vermieden und leistungsfähige Verkehrswege sichergestellt werden.

CVP und LRP haben in ihrem Koalitionsvertrag eine „Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur“ festgestellt und die Suche nach neuen Instrumenten angekündigt. In der Folge wurde dann das vorliegende Gesetz erarbeitet.

Anders als die bestehende Kraftfahrzeugsteuer belastet die geplante sogenannte PKW-Maut auch Fahrzeuge, die nicht in Deutschland zugelassen sind. Damit wird die tatsächliche Straßenbenutzung fairer als bisher in Rechnung gestellt.

Die Bundesregierung strebt für PKW und leichte Nutzfahrzeuge ein viel einfacheres System an als das für LKW. Wie in Österreich sollen alle mautpflichtigen Fahrzeuge einen Aufkleber („Vignette“) an der Windschutzscheibe tragen müssen, der an Tankstellen erworben werden kann.

Als Abgeordnete/r haben Sie nun die Aufgabe, das Gesetz intensiv zu beraten und zu beschließen, ob und in welcher Form es in Kraft treten soll.

Begrifflichkeiten

Die LKW-Maut wurde zum 1. Januar 2005 eingeführt. Sie gilt derzeit auf Bundesautobahnen für Lastkraftwagen ab 12 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht und kleinere Fahrzeuge, wenn sie in Verbindung mit einem Anhänger ein zulässiges Gespanngewicht von mindestens 12 Tonnen erreichen und für den Güterverkehr geeignet sind. Beahlt wird entweder manuell an speziell aufgestellten Terminals, oder automatisch über so genannte *On-Board-Units* (OBUs), die über Satellit erfassen, welche Strecken zurückgelegt wurden, und die nötigen Mautgebühren direkt per Mobilfunk überweisen. Kontrolliert wird an über ca. 300 Kontrollbrücken, an denen LKW stichprobenartig identifiziert werden, bevor eine Abfrage erfolgt, ob die entsprechende Mautzahlung eingegangen ist.

Die Energiesteuer (vor 2005: Mineralölsteuer) ist eine als Verbrauchsteuer erhobene indirekte Steuer. Indirekt bedeutet, dass der Verbraucher die Steuer nicht direkt an den Staat, sondern an den Verkäufer zu zahlen hat, der sie dann abführt. Verbrauchsteuer bedeutet, dass die Steuer je verbrauchter Mengeneinheit (also hier: je Liter Treibstoff) erhoben wird. Damit fällt Energiesteuer immer dann und nur dann an, wenn Energie verbraucht wird. Die Energieeinsparung bewirkt somit direkt auch eine Steuereinsparung.

Die Kraftfahrzeugsteuer muss ein Fahrzeughalter bezahlen für das Halten von inländischen Fahrzeugen. Unter den Begriff Fahrzeug fallen alle nicht permanent schienengeführten Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger.

**Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Nutzungsgebühren
für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf Bundesfernstraßen**

- § 1 Die Nutzung von Bundesautobahnen ist nur zulässig für Fahrzeuge, bei denen deutlich erkennbar an der Windschutzscheibe eine an Tankstellen erhältliche Vignette angebracht ist. Von dieser Regelung ausgenommen ist der Schwerlastverkehr, für den ein eigenes System zur Gebührenerhebung besteht.
- § 2 Die Vignette ist für folgende Nutzungsdauer erhältlich:
10 Tage (zu 23,10 Euro)
2 Monate (zu 66,60 Euro)
1 Jahr (zu 221,40 Euro)
Die Gebühren sind vom Bundesverkehrsministerium jährlich an die allgemeine Preisentwicklung anzupassen.
- § 3 Die eingenommenen Mittel sind ausschließlich für Erhalt und Ausbau von Straßen und Autobahnen zu verwenden.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet. Es ist in Ihrem Interesse, die Arbeit Ihrer Fraktion frühzeitig mit ihrem Koalitionspartner LRP abzustimmen und öffentliche Auseinandersetzungen mit diesem zu vermeiden.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

1. Sitzung

1. Personalentscheidungen
 - a) Kandidat/in für das Amt der/s Bundestagspräsidentin/en
 - b) Vorsitzende/r im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
2. Bildung von Arbeitsgruppen (*ca. 20 Minuten*)
 - a) ____ Personen: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
 - b) ____ Personen: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 - c) ____ Personen: Wirtschaft und Technologie

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente. (Auch Sie selbst gehören einem Ausschuss an!)

3. Einigung in der Gesamtfraktion (*10 Minuten*)
 - Was wollen wir? Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
 - Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

2. Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federf. Ausschusses.
2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können
 - a) zustimmen (wenn ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
 - b) ablehnen
 - c) sich enthalten
 - d) einen Änderungsantrag einbringen*(überlegen Sie auch, was Sie tun, wenn dieser abgelehnt wird!)*
3. Benennung eines Redners für die 2. Lesung im Plenum
(Sie können dies selbst übernehmen oder jemand anderen beauftragen).

Suchen Sie Kontakt zu Ihrem Koalitionspartner LRP, um ein geschlossenes Auftreten herbeizuführen. Falls erforderlich, können Sie eine gemeinsame Fraktionssitzung abhalten.

Für den Vorsitz der CVP-Fraktion
(bzw. eine/n Beauftragte/n)

Redemanuskript

Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von 5 Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Der Inhalt der Beschlussempfehlung wird bereits bekannt sein!

- *Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.*
- *Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Ablehnung dar.*
- *Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.*

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für den Vorsitz der CVP-Fraktion
Änderungsantrag



Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. In anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion und die Arbeit der Koalition in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet – und tun Sie dies nur gemeinsam mit der LRP!

Formulieren Sie einen Änderungsantrag immer knapp, eindeutig und präzise.

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode

Drucksache 17 / 2

Die Fraktion der CVP beantragt,
die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wie folgt zu verändern:

soll gestrichen werden / ersetzt werden durch: / ergänzt werden um:

Mit kollegialen Grüßen: _____
(Fraktionsvorsitzende/r)

Ihre Aufgabe ist, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet. Bei Bedarf können Sie Verhandlungen mit anderen Fraktionen führen.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

1. Sitzung

1. Personalentscheidung
Vorsitzende/r im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
2. Bildung von Arbeitsgruppen (*ca. 20 Minuten*)
 - a) ____ Personen: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
 - b) ____ Personen: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 - c) ____ Personen: Wirtschaft und Technologie

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente. (Auch Sie selbst gehören einem Ausschuss an!)

3. Einigung in der Gesamtfraktion (*10 Minuten*)
 - Was wollen wir? Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
 - Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

2. Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federf. Ausschusses.
2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können
 - a) zustimmen (wenn ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
 - b) ablehnen
 - c) sich enthalten
 - d) einen Änderungsantrag einbringen
(*überlegen Sie auch, was Sie tun, wenn dieser abgelehnt wird!*)
3. Benennung eines Redners für die 2. Lesung im Plenum
(*Sie können dies selbst übernehmen oder jemand anderen beauftragen*).

Für den Vorsitz der APD-Fraktion
(bzw. eine/n Beauftragte/n)
Redemanuskript



Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von 4 Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Der Inhalt der Beschlussempfehlung wird bereits bekannt sein!

- *Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.*
- *Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Ablehnung dar.*
- *Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.*

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für den Vorsitz der APD-Fraktion
Änderungsantrag



Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. In anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet.

Formulieren Sie einen Änderungsantrag immer knapp, eindeutig und präzise.

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode

Drucksache 17 / 2

Die Fraktion der APD beantragt,
die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
wie folgt zu verändern:

soll gestrichen werden / ersetzt werden durch: / ergänzt werden um:

Mit kollegialen Grüßen: _____
(Fraktionsvorsitzende/r)

Ihre Aufgabe ist, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet. Es ist in Ihrem Interesse, die Arbeit Ihrer Fraktion frühzeitig mit ihrem Koalitionspartner CVP abzustimmen und öffentliche Auseinandersetzungen mit diesem zu vermeiden.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

1. Sitzung

1. Personalentscheidung
Vorsitzende/r im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
2. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)
 - a) ____ Personen: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
 - b) ____ Personen: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 - c) ____ Personen: Wirtschaft und Technologie

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente. (Auch Sie selbst gehören einem Ausschuss an!)

3. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)
 - Was wollen wir? Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
 - Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

2. Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federf. Ausschusses.
2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können
 - a) zustimmen (wenn ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
 - b) ablehnen
 - c) sich enthalten
 - d) einen Änderungsantrag einbringen
(überlegen Sie auch, was Sie tun, wenn dieser abgelehnt wird!)
3. Benennung eines Redners für die 2. Lesung im Plenum
(Sie können dies selbst übernehmen oder jemand anderen beauftragen).

Suchen Sie Kontakt zu Ihrem Koalitionspartner CVP, um ein geschlossenes Auftreten herbeizuführen. Falls erforderlich, können Sie eine gemeinsame Fraktionssitzung abhalten.

Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von 3,5 Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Der Inhalt der Beschlussempfehlung wird bereits bekannt sein!

- *Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.*
- *Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Ablehnung dar.*
- *Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.*

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für den Vorsitz der LRP-Fraktion
Änderungsantrag



Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. In anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion und die Arbeit der Koalition in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet – und tun Sie dies nur gemeinsam mit der CVP!

Formulieren Sie einen Änderungsantrag immer knapp, eindeutig und präzise.

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode

Drucksache 17 / 2

Die Fraktion der LRP beantragt,
die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wie folgt zu verändern:

soll gestrichen werden / ersetzt werden durch: / ergänzt werden um:

Mit kollegialen Grüßen: _____
(Fraktionsvorsitzende/r)

Ihre Aufgabe ist, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet. Bei Bedarf können Sie Verhandlungen mit anderen Fraktionen führen.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

1. Sitzung

1. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)

- a) ____ Personen: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- b) ____ Personen: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- c) ____ Personen: Wirtschaft und Technologie

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente. (Auch Sie selbst gehören einem Ausschuss an!)

2. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)

- Was wollen wir? Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
- Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

2. Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federf. Ausschusses.
2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können
 - a) zustimmen (*wenn ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden*)
 - b) ablehnen
 - c) sich enthalten
 - d) einen Änderungsantrag einbringen
(*überlegen Sie auch, was Sie tun, wenn dieser abgelehnt wird!*)
3. Benennung eines Redners für die 2. Lesung im Plenum
(Sie können dies selbst übernehmen oder jemand anderen beauftragen).

Für den Vorsitz der PSG-Fraktion
(bzw. eine/n Beauftragte/n)
Redemanuskript



Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von 3 Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Der Inhalt der Beschlussempfehlung wird bereits bekannt sein!

- *Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.*
- *Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Ablehnung dar.*
- *Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.*

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für den Vorsitz der PSG-Fraktion
Änderungsantrag



Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. In anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet.

Formulieren Sie einen Änderungsantrag immer knapp, eindeutig und präzise.

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode

Drucksache 17 / 2

Die Fraktion der PSG beantragt,
die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wie folgt zu verändern:

soll gestrichen werden / ersetzt werden durch: / ergänzt werden um:

Mit kollegialen Grüßen: _____
(Fraktionsvorsitzende/r)

Ihre Aufgabe ist, die Sitzungen der Fraktion zu leiten: Sie moderieren die Gespräche, schlagen bei Bedarf Lösungen vor und stellen sicher, dass die Fraktion das Programm innerhalb der vorgegebenen Zeit bearbeitet. Bei Bedarf können Sie Verhandlungen mit anderen Fraktionen führen.

Sie sorgen dafür, dass die Interessen Ihrer Fraktion so weit wie möglich in das Gesetz eingehen und in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden. Geschlossenheit macht Ihre Fraktion stark!

1. Sitzung

1. Bildung von Arbeitsgruppen (ca. 20 Minuten)

- a) ____ Personen: Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- b) ____ Personen: Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- c) ____ Personen: Wirtschaft und Technologie

Jede Arbeitsgruppe bereitet die Vertretung der eigenen Fraktion im jeweiligen Ausschuss vor und sammelt hierfür Argumente. (Auch Sie selbst gehören einem Ausschuss an!)

2. Einigung in der Gesamtfraktion (10 Minuten)

- Was wollen wir? Soll das Gesetz geändert, abgelehnt oder wie vorgeschlagen beschlossen werden?
- Welche Kompromisse würden wir eingehen, um unsere wichtigsten Ziele zu erreichen?

2. Sitzung

1. Kenntnisnahme der Beschlussempfehlung des federf. Ausschusses.
2. Erarbeitung einer gemeinsamen Position für die Plenarsitzung. Sie können
 - a) zustimmen (wenn ihre Interessen weitgehend verwirklicht wurden)
 - b) ablehnen
 - c) sich enthalten
 - d) einen Änderungsantrag einbringen
(überlegen Sie auch, was Sie tun, wenn dieser abgelehnt wird!)
3. Benennung eines Redners für die 2. Lesung im Plenum
(Sie können dies selbst übernehmen oder jemand anderen beauftragen).

Für den Vorsitz der ÖSP-Fraktion
(bzw. eine/n Beauftragte/n)
Redemanuskript



Sie reden im Namen Ihrer Fraktion und haben eine Redezeit von 3 Minuten.

Bitte machen Sie den Zuhörenden die Position Ihrer Fraktion verständlich. Ihr Ziel ist es, von Ihren Argumenten zu überzeugen.

Der Inhalt der Beschlussempfehlung wird bereits bekannt sein!

- *Falls Ihre Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmt:
Machen Sie in der Rede deutlich, dass Sie sich durchgesetzt haben.*
- *Falls Ihre Fraktion gegen die Beschlussempfehlung stimmt:
Stellen Sie in der Rede die Gründe für Ihre Ablehnung dar.*
- *Falls Ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringt:
Machen Sie deutlich, warum Sie diese Änderungen möchten.*

Frau Präsidentin / Herr Präsident, meine Damen und Herren,

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gehen Sie sparsam mit Änderungsanträgen um, weil diese den Eindruck erwecken können, Sie hätten in den Ausschüssen nicht gut gearbeitet. In anderen Worten: Stellen Sie einen Änderungsantrag nur, wenn er Ihre Fraktion in ein besseres Licht rückt oder wirklich noch einmal eine Verbesserung des Gesetzes bedeutet.

Formulieren Sie einen Änderungsantrag immer knapp, eindeutig und präzise.

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode

Drucksache 17 / 2

Die Fraktion der ÖSP beantragt,
die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wie folgt zu verändern:

soll gestrichen werden / ersetzt werden durch: / ergänzt werden um:

Mit kollegialen Grüßen: _____
(Fraktionsvorsitzende/r)

Für die Alterspräsidentin / den Alterspräsidenten
Aufgabenbeschreibung



Ihre Aufgabe ist es, die erste Zusammenkunft des Parlaments („Konstituierende Sitzung“) zu leiten, weil zu diesem Zeitpunkt der Posten der Bundestagspräsidentin bzw. des Bundestagspräsidenten noch unbesetzt ist.

Die Bundestagsverwaltung wird Sie bei der Bewältigung Ihrer Aufgabe unterstützen und Ihnen vorab ein Redemanuskript überreichen, das Sie während der Sitzung verlesen. Im Zuge der von Ihnen geleiteten Sitzung stellen Sie die Fraktionsvorsitzenden vor und leiten die Wahl einer Bundestagspräsidentin / eines Bundestagspräsidenten.

Die Bundestagsverwaltung wird ihnen zeigen, wo Sie vor Beginn der Sitzung warten, bis eine Glocke ertönt und die Abgeordneten sich erhoben haben, so dass Sie den Saal betreten können.

Für die Alterspräsidentin / den Alterspräsidenten
Redemanuskript für die Parlamentseröffnung



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Bundestagsverwaltung hat mich informiert, dass ich die / der älteste Abgeordnete des Deutschen Bundestages bin. Der guten Ordnung halber möchte ich fragen, ob jemand unter den Anwesenden älter als 75 Jahre ist? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Damit erkläre ich die konstituierende Sitzung für eröffnet.

Ich freue mich, dass Sie alle erschienen sind. Die Fraktionen haben heute ja bereits getagt.

Nachdem dort neue Fraktionsvorsitzende gewählt wurden, möchte ich Ihnen kurz die Kolleginnen und Kollegen vorstellen, die sich bereit gefunden haben, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich bitte die jeweils Genannten kurz aufzustehen, damit alle sie sehen können.

1. Die Fraktion der CVP wird geführt von _____
2. Die Fraktion der APD wird geführt von _____
3. Die Fraktion der LRP wird geführt von _____
4. Die Fraktion der PSG wird geführt von _____
5. Die Fraktion der ÖSP wird geführt von _____

Ich wünsche allen genannten Kolleginnen und Kollegen eine glückliche Hand und viel Erfolg!

Lassen Sie uns nun eine Präsidentin / einen Präsidenten wählen.

Gemäß parlamentarischer Tradition steht es der größten Fraktion zu, eine Kandidatin oder einen Kandidaten für dieses Amt zu benennen.

Als Vorsitzende/n der CVP-Fraktion bitte ich Frau / Herrn _____ um den Vorschlag

(...)

Wer stimmt der Wahl zu?

Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Ich stelle fest, dass die / der Abgeordnete _____ zur Präsidentin / zum Präsidenten gewählt ist. Nehmen Sie die Wahl an?

(Gratulation)

Damit übergebe ich den Vorsitz an unsere neue Präsidentin / unseren neuen Präsidenten.

Für die Bundestagspräsidentin /
den Bundestagspräsidenten
Aufgabenbeschreibung



Ihre Aufgabe ist es, die Arbeitssitzungen des Bundestages zu leiten. Sie sorgen für einen geordneten, zügigen und würdevollen Sitzungsverlauf. Sie haben das Recht, das Wort zu erteilen und zu entziehen.

Die Bundestagsverwaltung wird Ihnen bei der Bewältigung Ihrer Aufgabe zur Seite stehen und für jede der beiden Sitzungen vorab ein Redemanuskript überreichen.

Nachdem Sie gewählt sind, kommt Ihnen das Recht zu, sich zu Beginn einer Sitzung jeweils als erste/r zu setzen.

Für die Bundestagspräsidentin /
den Bundestagspräsidenten
Redemanuskript 1. Lesung



(Begrüßung)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte Sie herzlich zur ersten Arbeitssitzung des Bundestages begrüßen. Wir wollen uns heute mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befassen.

(Mitteilungen über Ausschüsse)

Zuvor möchte ich Ihnen einige Mitteilungen machen:

Entsprechend der Zuständigkeitsbereiche von Bundesministerien legt die Geschäftsordnung des Bundestages fest, dass es einen Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, einen Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie einen Ausschuss für Wirtschaft und Technologie geben soll.

Gemäß Absprache zwischen den Fraktionen fällt der Vorsitz im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an die APD-Fraktion. Diese hat als Vorsitzende/n die Abgeordnete / den Abgeordneten

_____ benannt.

Der Vorsitz im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fällt an die CVP-Fraktion. Diese hat als Vorsitzende/n die Abgeordnete / den Abgeordneten

_____ benannt.

Der Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie fällt an die LRP-Fraktion. Diese hat als Vorsitzende/n die Abgeordnete / den Abgeordneten

_____ benannt.

Ich beglückwünsche die neuen Vorsitzenden und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

(Erste Lesung des Gesetzentwurfes)

Nun kommen wir zum ersten und einzigen Punkt unserer heutigen Tagesordnung:

„Erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzes zur Einführung von Nutzungsgebühren für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf Bundesfernstraßen“.

Nach Anhörung der Ausschüsse und Fraktionen sieht der Ältestenrat vor, dass der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Federführung übernehmen soll, gleichzeitig aber auch der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie befasst werden sollen. Weiterhin schlägt der Ältestenrat eine Überweisung an die Ausschüsse ohne vorherige Aussprache im Plenum vor.

Hierzu sehe ich keinen Widerspruch. Damit ist dies beschlossen.

Hiermit schließe ich die Erste Lesung zur Einführung von Nutzungsgebühren für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf Bundesfernstraßen.

(Sitzungsende)

Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen konstruktive Ausschussberatungen.

Für die Bundestagspräsidentin /
den Bundestagspräsidenten
Redemanuskript 2. und 3. Lesung



(Begrüßung)

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich begrüße Sie zu unserer Plenardebatte. Aufrufen möchte ich den Tagesordnungspunkt 1:
Zweite Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes zur
Einführung von Nutzungsgebühren für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf
Bundesfernstraßen.

(Vorstellung der Beschlussempfehlung)

Ich bitte die / den Abgeordnete/n _____ uns als Berichterstatter/in
des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dessen Beschlussempfehlung
vorzutragen: (...)

(Aussprache)

Ich bitte die Fraktionen zur Aussprache über diesen Gesetzesentwurf.

Auf Vorschlag des Ältestenrates kommt der Fraktion der CVP eine Redezeit von 5 Minuten,
der Fraktion der APD eine Redezeit von 4 Minuten, der Fraktion der LRP eine Redezeit von
3,5 Minuten, den Fraktionen der PSG und ÖSP eine Redezeit von 3 Minuten zu.

Für die Fraktion der CVP spricht die / der Abgeordnete _____ (...)

Für die Fraktion der APD spricht die / der Abgeordnete _____ (...)

Für die Fraktion der LRP spricht die / der Abgeordnete _____ (...)

Für die Fraktion der PSG spricht die / der Abgeordnete _____ (...)

Für die Fraktion der ÖSP spricht die / der Abgeordnete _____ (...)

(Abstimmung über Änderungsanträge – falls vorliegend)

Ich werde jetzt nacheinander die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung stellen.

1. Änderungsantrag der Fraktion der _____

Diejenigen, die diesen Änderungsantrag unterstützen, bitte ich um das Handzeichen:

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich?

2. Änderungsantrag der Fraktion der _____

Diejenigen, die diesen Änderungsantrag unterstützen, bitte ich um das Handzeichen:

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? u.s.w.

(Abstimmung über die Beschlussempfehlung)

Wer

- dem Gesetz
 - in der vom federführenden Ausschuss niedergelegten Fassung
{falls dort verändert}
 - unter Berücksichtigung der gerade beschlossenen Änderungen *{falls erfolgt}*
 - einer Ablehnung des Gesetzes *{falls vom federführenden Ausschuss empfohlen}*

zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich?

VARIANTE 1:

(Falls das Gesetz in der Zweiten Lesung abgelehnt wurde, endet hier die Sitzung)

Meine Damen und Herren,

damit ist der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung gescheitert, die dritte Lesung entfällt.

Ich möchte mich bei Ihnen allen für die aktive Teilnahme und konstruktive Mitarbeit bedanken und erkläre das Planspiel für beendet.

VARIANTE 2:

(Falls das Gesetz in der Zweiten Lesung angenommen wurde, folgt unmittelbar die Dritte Lesung)

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit hat der Gesetzentwurf in zweiter Lesung die erforderliche Mehrheit erreicht.

Damit kommen wir zum letzten Tagesordnungspunkt: Dritte Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes zur Einführung von Nutzungsgebühren für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf Bundesfernstraßen.

(Verlesung)

Der vorliegende Gesetzesentwurf, wie er aus der zweiten Lesung hervor ging, ist Ihnen bekannt.

(Schlussabstimmung des Gesetzgebungsprozesses)

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung:

Wer dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

– Bitte setzen Sie sich –

Wer stimmt dagegen?

– Bitte setzen auch Sie sich -

Enthaltungen?

Damit ist der Gesetzentwurf angenommen / gescheitert.

(Sitzungsende)

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich bei Ihnen allen für die aktive Teilnahme und konstruktive Mitarbeit bedanken und erkläre das Planspiel für beendet.

Für den Vorsitzenden im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (aus der APD)

Aufgabenbeschreibung



Sie sind Vorsitzende/r des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Zweck der Ausschussberatungen ist, den Gesetzentwurf unter den fachlich relevanten Gesichtspunkten zu debattieren, die Argumente aller Fraktionen zu erörtern und eine Lösung zu finden, die von einer Mehrheit getragen wird.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzung des Ausschusses als Moderator/in neutral zu leiten, alle Ausschussmitglieder gleichberechtigt sprechen zu lassen, strittige Fragen zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen, gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten und auf diese Weise eine Mehrheitsposition zu finden.

Um Ihre neutrale Rolle nicht zu gefährden, sollten Sie eigene Positionen und Argumente nur im Ausnahmefall einbringen, wenn diese von den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion vergessen wurden.

Die Fragestellung Ihres Ausschusses

- Ist eine Straßenbenutzungsgebühr für die Verbesserung des Verkehrswegenetzes in Deutschland notwendig?
- Ist die im Gesetz vorgeschlagene Maßnahme geeignet, das Geld einzutreiben?

Ablauf der Ausschusssitzung

Begrüßung und Kurzvorstellung der einzelnen Positionen (10 Minuten):

Bitten Sie alle Fraktionen, Ihre Position kurz zusammen: für oder gegen den Gesetzentwurf; ggf. Änderungsvorschläge. Diese Positionen dürfen nicht kommentiert werden. Auf diese Weise erhalten Sie ein Stimmungsbild und können notieren, welche Aspekte zu debattieren sind.

Debatte (15 Minuten):

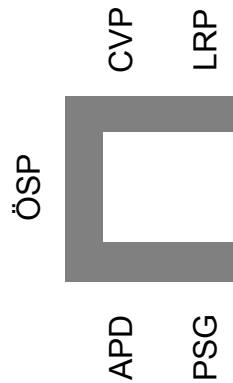
Anschließend eröffnen Sie die Debatte: Alle Mitglieder des Ausschusses können sich zu Wort melden, Argumente einbringen und Fragen stellen. Machen Sie sich eine Agenda: geben Sie für jedes zu debattierende Thema eine bestimmte Zeitdauer vor. Am Ende jedes Themas können Sie abstimmen.

Verlesung und Debatte der Berichte der mitberatenden Ausschüsse (10 Minuten)

Die mitberatenden Ausschüsse sind in ihrem Themenbereich die Expert/innen. Nehmen Sie Ihren Ratschlag ernst. Die letzte Entscheidung trifft allerdings Ihr federführender Ausschuss. Stellen Sie die Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse zur Debatte. Stimmen Sie über deren Empfehlungen ab.

Gesamtabstimmung (5 Minuten):

Wenn alle relevanten Aspekte debattiert worden sind und sich eine Mehrheit für oder gegen das Gesetz abzeichnet, stimmen Sie über den gesamten Gesetzentwurf mit allen angenommenen Änderungsvorschlägen ab. Notieren Sie das Ergebnis in der Beschlussempfehlung.



	Christliche Volkspartei	Arbeiternehmer- partei Deutsch- lands	Liberaler Reformpartei	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Ökologisch- Soziale Partei



Beschlussempfehlung

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat sich mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Nutzungsgebühren für PKW und leichte Nutzfahrzeuge auf Bundesfernstraßen befasst.

Unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse der mitberatenden Ausschüsse schlagen wir vor, der Bundestag wolle beschließen:

O den Gesetzesvorschlag abzulehnen und den bisherigen Gesetzestext beizubehalten

O den Gesetzesvorschlag in der folgenden Fassung anzunehmen:

§ 1 Wortlaut der ursprünglichen Entwurfes:

„Die Nutzung von Bundesautobahnen ist nur zulässig für Fahrzeuge, bei denen deutlich erkennbar an der Windschutzscheibe eine an Tankstellen erhältliche Vignette angebracht ist. Von dieser Regelung ausgenommen ist der Schwerlastverkehr, für den ein eigenes System zur Gebührenerhebung besteht.“

§ 2 Wortlaut des ursprünglichen Entwurfes:

„Die Vignette ist für folgende Nutzungsdauer erhältlich:

10 Tage (zu 23,10 Euro)

2 Monate (zu 66,60 Euro)

1 Jahr (zu 221,40 Euro)

Die Gebühren sind vom Bundesverkehrsministerium jährlich an die allgemeine Preisentwicklung anzupassen.“

§ 3 Wortlaut der ursprünglichen Entwurfes:

„Die eingenommenen Mittel sind ausschließlich für Erhalt und Ausbau von Straßen und Autobahnen zu verwenden.“

Zustimmung: ____ Pers.

Ablehnung: ____ Pers.

Enthaltung: ____ Pers.

Mit kollegialen Grüßen: _____
(Ausschussvorsitzende/r)

Für den Vorsitzenden im Ausschuss für
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (aus der CVP)
Aufgabenbeschreibung



Sie sind Vorsitzende/r des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Zweck der Ausschussberatungen ist, den Gesetzentwurf unter den fachlich relevanten Gesichtspunkten zu debattieren, die Argumente aller Fraktionen zu erörtern und eine Lösung zu finden, die von einer Mehrheit getragen wird.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzung des Ausschusses als Moderator/in neutral zu leiten, alle Ausschussmitglieder gleichberechtigt sprechen zu lassen, strittige Fragen zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen, gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten und auf diese Weise eine Mehrheitsposition zu finden.

Um Ihre neutrale Rolle nicht zu gefährden, sollten Sie eigene Positionen und Argumente nur im Ausnahmefall einbringen, wenn diese von den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion vergessen wurden.

Die Fragestellung Ihres Ausschusses

- Kann und soll die vorgeschlagene Straßenbenutzungsgebühr Umweltverschmutzung und klimaschädlichen Schadstoffausstoß verhindern?
- Gibt es andere umweltpolitische Ziele, die bei der Einführung der PKW-Maut beachtet werden sollten?

Ablauf der Ausschusssitzung

Begrüßung und Kurzvorstellung der einzelnen Positionen (10 Minuten):

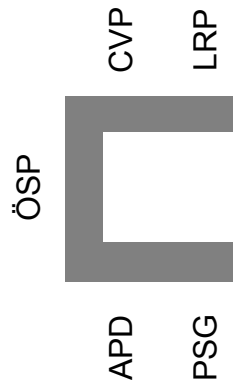
Bitten Sie alle Fraktionen, Ihre Position kurz zusammen zu fassen: für oder gegen den Gesetzentwurf; ggf. Änderungsvorschläge. Diese Positionen dürfen nicht kommentiert werden. Auf diese Weise erhalten Sie ein Stimmungsbild und können notieren, welche Aspekte zu debattieren sind.

Debatte (20 Minuten):

Anschließend eröffnen Sie die Debatte: Alle Mitglieder des Ausschusses können sich zu Wort melden, Argumente einbringen und Fragen stellen. Machen Sie sich eine Agenda: geben Sie für jedes zu debattierende Thema eine bestimmte Zeitdauer vor. Am Ende jedes Themas können Sie abstimmen.

Verfassen des Berichts (10 Minuten):

Wenn alle relevanten Aspekte debattiert und abgestimmt worden sind, notieren Sie die Ergebnisse im Bericht. Begründen Sie die Empfehlungen des Ausschusses, damit die Mitglieder des federführenden Ausschusses Ihre Wünsche nachvollziehen können.



	Christliche Volkspartei	Arbeitnehmer- partei Deutsch- lands	Liberale Reformpartei	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Ökologisch- Soziale Partei



Berichtsformular

§ 1 Position: _____

Begründung: _____

§ 2 Position: _____

Begründung: _____

§ 3 Position: _____

Begründung: _____

Mit kollegialen Grüßen: _____

(Ausschussvorsitzende/r)

Für den Vorsitzenden im Ausschuss für
Wirtschaft und Technologie (aus der LRP)
Aufgabenbeschreibung



Sie sind Vorsitzende/r des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie.

Zweck der Ausschussberatungen ist, den Gesetzentwurf unter den fachlich relevanten Gesichtspunkten zu debattieren, die Argumente aller Fraktionen zu erörtern und eine Lösung zu finden, die von einer Mehrheit getragen wird.

Ihre Aufgabe ist, die Sitzung des Ausschusses als Moderator/in neutral zu leiten, alle Ausschussmitglieder gleichberechtigt sprechen zu lassen, strittige Fragen zur Diskussion und zur Abstimmung zu bringen, gegebenenfalls Kompromisse zu erarbeiten und auf diese Weise eine Mehrheitsposition zu finden.

Um Ihre neutrale Rolle nicht zu gefährden, sollten Sie eigene Positionen und Argumente nur im Ausnahmefall einbringen, wenn diese von den anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion vergessen wurden.

Die Fragestellung Ihres Ausschusses

- Wie wirkt sich die vorgeschlagene Straßengebühr wirtschaftlich aus?
- Welche Folgen wird sie für die Unternehmen und welche für die Bürgerinnen und Bürger haben?

Ablauf der Ausschusssitzung

Begrüßung und Kurzvorstellung der einzelnen Positionen (10 Minuten):

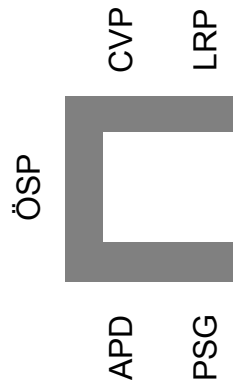
Bitten Sie alle Fraktionen, Ihre Position kurz zusammen zu fassen: für oder gegen den Gesetzentwurf; ggf. Änderungsvorschläge. Diese Positionen dürfen nicht kommentiert werden. Auf diese Weise erhalten Sie ein Stimmungsbild und können notieren, welche Aspekte zu debattieren sind.

Debatte (20 Minuten):

Anschließend eröffnen Sie die Debatte: Alle Mitglieder des Ausschusses können sich zu Wort melden, Argumente einbringen und Fragen stellen. Machen Sie sich eine Agenda: geben Sie für jedes zu debattierende Thema eine bestimmte Zeitdauer vor. Am Ende jedes Themas können Sie abstimmen.

Verfassen des Berichts (10 Minuten):

Wenn alle relevanten Aspekte debattiert und abgestimmt worden sind, notieren Sie die Ergebnisse im Bericht. Begründen Sie die Empfehlungen des Ausschusses, damit die Mitglieder des federführenden Ausschusses Ihre Wünsche nachvollziehen können.



	Christliche Volkspartei	Arbeiternehmer- partei Deutsch- lands	Liberale Reformpartei	Partei der sozialen Gerechtigkeit	Ökologisch- Soziale Partei



Berichtsformular

§ 1 Position: _____

Begründung: _____

§ 2 Position: _____

Begründung: _____

§ 3 Position: _____

Begründung: _____

Mit kollegialen Grüßen: _____

(Ausschussvorsitzende/r)

Ablaufplan

Uhrzeit	Dauer	Raum	Handlung	Aufgaben der TN
	20 min	individuell	Einlesen	Einarbeitung in die Rollen
	45 min	Fraktionen	1. Sitzung	1. Wahl der/s Fraktionsvorsitzenden 2. Aufteilung auf die verschiedenen Ausschüsse 3. Benennung der Ausschussvorsitzenden 4. Einigung auf eine gemeinsame Zielrichtung für die Ausschussarbeit
	15 min	Plenum	1. Lesung	1. Konstituierung des Parlaments 2. Einsetzung der Ausschüsse 3. Überweisung des Gesetzentwurfes an die Ausschüsse
	60 min	Ausschüsse	Beratungen	Erarbeitung von Stellungnahmen zum Gesetzesvorschlag ▪ <i>nach 40 min:</i> mitberatender Ausschuss gibt Stellungnahme an federführenden Ausschuss ▪ <i>nach 60 min:</i> federführender Ausschuss gibt Beschlussempfehlung
	30 min	Fraktionen	2. Sitzung	1. Erarbeitung einer gemeinsamen Position zur Beschlussempfehlung 2. Gegebenenfalls Erarbeitung von Änderungsanträgen 3. Beauftragen einer/s Sprecherin/s zur Darstellung der Fraktionsposition in der 2. Lesung
	30 min	Plenum	2. und 3. Lesung	▪ 2. Lesung: Der / die Sprecher/in des federführenden Ausschusses stellt die Beschlussempfehlung vor. Die Sprecher/innen der verschiedenen Fraktionen nehmen zur Gesetzesvorlage Stellung. Die vorliegenden Änderungsanträge werden verlesen und zur Abstimmung gestellt. Der Bundestag stimmt über den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung einschl. angenommener Änderungen ab. ▪ 3. Lesung: Der Bundestag stimmt über den Gesetzentwurf als Ganzes mit den evtl. in der zweiten Lesung beschlossenen Änderungen ab.

This image shows a full page of white paper with horizontal dashed lines, typical of primary school writing paper. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.